

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
des Abgeordneten Christoph Schulze

zum Antrag der CDU-Fraktion „Bessere Straßen für Brandenburg: Auflegung eines Sonderprogramms „Straßenbau“ (Drucksache 5/7775)

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft und dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen bis zum 1. Quartal 2014 einen Bericht vorzulegen, der
 - a) den derzeitigen Wertbestand des brandenburgischen Landesstraßennetzes (inkl. Brücken und Radwege) und die Wertentwicklung der letzten zehn Jahre aufzeigt,
 - b) die Sanierungsbedürftigkeit der Landesstraßen, Brücken und Radwege und eine Priorisierung für die Sanierung aufzeigt,
 - c) ein nachhaltiges Konzept zum Stopp des Werteverzehrs der brandenburgischen Landesstraßeninfrastruktur enthält. Hierbei sind sowohl neue Finanzierungsmöglichkeiten als auch Maßnahmen zur Schonung der Landesstraßen, vor allem durch Lenkung des LKW-Fernverkehrs (z.B. durch gestaffeltes Mautsystem, Achslastbegrenzungen, Fahrverbote), zu prüfen.
2. Die Landesregierung wird den Ausschüssen bis zum 1. Quartal 2014 ebenso aufzeigen, in welcher Form der Werteverzehr der brandenburgischen Landesstraßen zukünftig kontinuierlich und transparent bilanziert werden soll.
3. Die Landesmittel für den Straßenbau sind ab sofort prioritär für die Instandsetzung des bestehenden Straßennetzes zu verwenden. Neubaumaßnahmen sind auf das absolute Mindestmaß zu reduzieren.

Begründung:

Die schrumpfenden Landeshaushaltsmittel für den Straßenbau führen zu einem zunehmenden Verschleiß unserer Infrastruktur. Alleine die Mittel für den Erhalt, Um- und Ausbau von Landesstraßen wurden von 80,1 Mio. € im Jahr 2009 auf 12,2 Mio. € im Jahr 2014 abgesenkt. Gleichzeitig sind für das Jahr 2014 noch über 30 Mio. €

Datum des Eingangs: 27.08.2013 / Ausgegeben: 27.08.2013

Landesmittel für die Planung von Bundes- und Landesstraßen vorgesehen, Mittel, die für die Instandsetzung fehlen. Der Bau neuer Straßen kostet nicht nur durch Planung und Bau viel Geld, sondern bürdet dem Landeshaushalt auch langfristig zusätzliche Kosten auf. Es bedarf deshalb einer noch stärkeren Umverteilung der Landesmittel von Planung und Neubau in Richtung Erhalt unserer Landesstraßen.

Reparaturen, die heute nicht umgesetzt werden, kommen die nachfolgenden Generationen teuer zu stehen. Für zukünftige Haushaltsplanungen ist es deshalb zunächst unerlässlich, den Wertbestand und den Werteverzehr der Landesstraßen genau beziffern zu können.

3.000 Kilometer, über die Hälfte der brandenburger Landesstraßen gelten als sanierungsbedürftig. Den Landtag erreichen mittlerweile zahlreiche Zuschriften von Kommunen, die unter maroden Straßenverhältnissen leiden.

Das Land Brandenburg benötigt ein nachhaltiges Konzept für die Instandhaltung unserer Landesstraßen. Es bedarf nicht nur mehr Transparenz hinsichtlich der Entwicklung des Wertebestandes unserer Infrastruktur, sondern auch neuer Wege für eine auskömmliche Finanzierung. Da Lastkraftwagen Straßen etwa 100.000 mal so stark schädigen wie Personenkraftwagen, müssen auch Maßnahmen zur Lenkung des LKW-Fernverkehrs geprüft bzw. eine stärkere Nutzerfinanzierung in Erwägung gezogen werden.